

## **Unterrichtung**

**durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Interparlamentarischen Konferenz gemäß Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag)**

**Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die wirtschaftliche und finanzielle Steuerung der Europäischen Union vom 3. bis 4. Februar 2015 in Brüssel, Belgien**

### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1 Teilnehmer der deutschen Delegation</b> .....	2
<b>2 Einführung</b> .....	2
<b>3 Ablauf der Tagung</b> .....	2
3.1 Sitzung I – Ein "New Deal" für Europa: Ankurbelung von privaten und öffentlichen Investitionen für Wachstum und Arbeitsplätze in Europa .....	3
3.2 Sitzung II – Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen: Aktueller Stand und bewährte Verfahren bei der Einführung des Fiskalpaktes.....	3
3.3 Sitzung III – Stärkung der Sozialen Dimension der WWU .....	4
<b>4 Die Zyklen des Europäischen Semesters 2014 und 2015</b> .....	4
4.1 Die Regelungen zur wirtschaftspolitischen Steuerung: Bestandsaufnahme und künftige Herausforderungen .....	4
4.2 Die Überprüfung der EU 2020-Strategie und Prioritäten für das Europäische Semester 2015.....	5
<b>5 Interparlamentarische Ausschusssitzungen</b> .....	5
5.1 Ausschuss für Wirtschaft und Währung .....	5
5.2. Haushaltsausschuss.....	6
5.3 Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten.....	6

## 1 Teilnehmer der deutschen Delegation

An der vierten Tagung der Interparlamentarischen Konferenz gemäß Artikel 13 des Fiskalvertrags nahmen die folgenden Mitglieder des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Norbert Barthle** (CDU/CSU), Delegationsleiter

Abgeordneter **Michael Stübgen** (CDU/CSU)

Abgeordneter **Norbert Brackmann** (CDU/CSU)

Abgeordneter **Joachim Poß** (SPD)

Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE).

Der Bundesrat war durch folgende Mitglieder vertreten:

**Norbert Walter-Borjans**, Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen

**Lucia Puttrich**, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Hessen

**Helmuth Markov**, Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.

## 2 Einführung

Grundlage der Konferenz ist der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 2. März 2012, mit dem sich alle EU-Staaten – außer das Vereinigte Königreich und Tschechien – verpflichtet haben, einheitliche und dauerhaft verbindliche Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen, vorzugsweise auf Verfassungsebene, aufzunehmen. Artikel 13 des Fiskalvertrags sieht die Gründung einer Konferenz von Vertretern der einschlägigen Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments vor, die unter anderem wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen beraten soll. Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments (EU-PPK) verständigte sich im April 2013 in Nikosia auf die Modalitäten dieser Konferenz.

Auf der EU-PPK wurde die Auffassung vertreten, dass die nationalen Parlamente angemessen in die stärkere haushalts-, finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung innerhalb der Europäischen Union, vor allem, aber nicht nur, im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion, einbezogen werden sollen. So soll sich die Konferenz auch mit dem Europäischen Semester, der Bankenunion und Steuerfragen befassen. Ein weiteres Ziel der Konferenz soll die Intensivierung der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament (EP) sein.

Nach der Durchführung der ersten Konferenz in Vilnius, Litauen, im Oktober 2013, der zweiten Konferenz in Brüssel, Belgien, im Februar 2014, der dritten Konferenz in Rom, Italien, im September 2014 war die Konferenz in Brüssel die vierte Interparlamentarische Konferenz gemäß Artikel 13 Fiskalvertrag (im Folgenden: Artikel-13-Konferenz). Die Delegation des Deutschen Bundestages besteht in der 18. Wahlperiode aus neun Abgeordneten, darunter wegen der Querschnittsaufgabe der Konferenz Mitglieder des Haushaltsausschusses, des Finanzausschusses und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

## 3 Ablauf der Tagung

Schwerpunkte der Debatten bildeten der von der Kommission im November 2014 vorgestellte Investitionsplan für Europa sowie die Ausrichtung der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Hierzu waren drei Sitzungen anberaumt. In die Themen leiteten jeweils drei bis fünf Referenten ein und beleuchteten Einzelfragen des jeweiligen Themas. Zu den herausgehobenen Rednern gehörten **Martin Schulz**, Präsident des Europäischen Parlaments, **Jean-Claude Juncker**, Präsident der Europäischen Kommission, **Jyrki Katainen**, Vize-Präsident der Europäischen Kommission und **Wilhelm Molterer**, Vize-Präsident der Europäischen Investitionsbank.

An der Konferenz nahmen Delegationen der nationalen Parlamente aus 27 EU-Mitgliedstaaten, aus der Schweiz, Norwegen und Montenegro sowie des Europäischen Parlaments teil. Die Mehrheit der Delegationen begrüßte die geplante Einrichtung des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI), der als wesentlicher Bestandteil des Investitionsplans bis 2017 rund 315 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen in Europa generieren soll. Hinsichtlich der Debatte um die Ausrichtung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik unterstrichen diverse Teilnehmer, dass die beabsichtigte Stärkung der Investitionen von Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung begleitet werden müsse. Vertreter anderer Mitgliedstaaten sprachen sich für mehr Flexibilität im Regelwerk des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie eine expansivere Wirtschaftspolitik aus.

Die Debatten über die Geschäftsordnung, die die vorherigen Artikel-13-Konferenzen maßgeblich prägten, wurde nicht fortgesetzt, sondern einer grundsätzlichen Verständigung der Konferenz der Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-PPK) am 20./21. April 2015 in Rom überlassen.

### 3.1 Sitzung I – Ein "New Deal" für Europa: Ankurbelung von privaten und öffentlichen Investitionen für Wachstum und Arbeitsplätze in Europa

In seiner Eröffnung begrüßte der Präsident des Europäischen Parlaments, **Martin Schulz**, den von der Kommission im November 2014 vorgelegten Investitionsplan für Europa, der für mehr Wachstum und Arbeitsplätze in Europa sorgen solle. Für den Erfolg dieses Planes sei die Zusammenarbeit von Kommission, Rat, Europäischem Parlament und nationalen Parlamenten entscheidend. Dabei müsse die demokratische Rechenschaftspflicht gewährleistet sein. Kommissar **Pierre Moscovici** stellte zunächst den Europäischen Fonds für Strategische Investitionen vor. Er betonte, die Auswahl der vom EFSI finanzierten Investitionsprojekte solle nicht durch die Politik, sondern von Experten erfolgen. Für mehr Arbeitsplätze und Wachstum sei insbesondere die Durchführung von Strukturreformen erforderlich. **Wilhelm Molterer**, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), erklärte, dass mittels des EFSI öffentliche Mittel eingesetzt würden, um private Investitionen anzuziehen. Diese seien die Voraussetzung für die Stabilisierung von Beschäftigung und Wachstum. Die geplante Hebelung – mit einem öffentlichen Euro sollen 15 Euro an privaten Investitionen erwirkt werden – sei konservativ angesetzt und beruhe auf Erfahrungswerten der EIB. Der EFSI werde Investitionen aus den Bereichen Infrastruktur, kleine und mittlere Unternehmen sowie Innovationen finanzieren. Ergänzend zur Stärkung von Investitionen in Europa seien die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung, Strukturreformen sowie die Vollendung des Binnenmarktes erforderlich.

An der anschließenden Debatte beteiligten sich Delegationen aus 17 Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament. Ein großer Teil begrüßte das von der Kommission vorgelegte Investitionspaket, wobei wiederholt auf die Bedeutung von Strukturreformen sowie die Notwendigkeit der demokratischen Rechenschaftspflicht des EFSI hingewiesen wurde. Abgeordneter **Joachim Poß** (SPD) betonte, der EFSI biete die Chance, die aktuelle wirtschaftspolitische Debatte, ob derzeit in Europa eher zu sparen oder zu investieren sei, zu überwinden. Er forderte ein neutrales Auswahlverfahren bei den EFSI-Projekten. Zugleich dürfe der Fonds die Spaltung der wirtschaftsstarken und -schwachen Regionen nicht noch befördern. Auch in Deutschland seien mehr Investitionen erforderlich. **Jean Arthuis**, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, sprach sich für eine Regierung der Eurozone mit einem Präsidenten und einem Finanzministerium aus. Dem widersprachen Vertreter der polnischen Delegation: Polen sei gegen eine Spaltung der EU. Vertreter aus Frankreich hingegen unterstützten den Vorschlag.

### 3.2 Sitzung II – Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen: Aktueller Stand und bewährte Verfahren bei der Einführung des Fiskalpaktes

**Jānis Reirs**, Finanzminister aus Lettland, hob in seinem Eröffnungsvortrag hervor, dass für eine bessere konjunkturelle Lage in der EU neben der Stärkung öffentlicher Investitionen die fiskalische Konsolidierung sowie die Umsetzung von Strukturreformen erforderlich seien. Außerdem bräuchte es eine verbesserte wirtschaftspolitische Koordinierung sowie eine Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP). Er sprach sich vor dem Hintergrund, dass nicht sämtliche Mitgliedstaaten die Regeln des SWP einhielten, für eine verbesserte Haushaltsüberwachung aus. Für die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit Europas über eine intensiviertere Umsetzung von Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung warb auch der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, **Olli Rehn**. Er erinnerte daran, dass seit Ausbruch der Finanzkrise inzwischen sieben Jahre vergangen seien. Zwar habe das wirtschaftliche Wachstum seit 2013 und 2014 in einigen Mitgliedstaaten wieder eingesetzt, falle aber immer noch vergleichsweise schwach aus. Es sei durch den Krieg in der Ukraine, Russlands Machtpolitik sowie die Krise im Nahen Osten gefährdet. Positive Effekte könnten hingegen der geringe Ölpreis und die aktuelle Geldpolitik ausüben. Hinsichtlich bewährter Verfahren bei der Einführung des Fiskalpaktes wies er darauf hin, dass es nicht eine einzige schematische Lösung gebe.

Abgeordneter **Norbert Brackmann** (CDU/CSU) betonte, dass Mitgliedstaaten mit hohen Staatsschulden hohe Arbeitslosigkeit aufwiesen. Für die Reduktion der Arbeitslosigkeit seien die Umsetzung des Fiskalpaktes sowie Strukturreformen erforderlich. In den Programmländern wie Irland, Spanien und Portugal gäbe es aufgrund der dortigen Reformen positive Entwicklungen. Das Investitionspaket der Kommission sei zu begrüßen, dürfe aber nicht zu neuen Staatsschulden führen. In Deutschland seien aufgrund der guten haushalterischen Lage zusätzliche Investitionen von über 10 Milliarden Euro auf den Weg gebracht worden. Aktuell werde über weitere Investitionen diskutiert.

Vertreter der Delegationen aus Portugal, Estland und Zypern betonten, dass der SWP von allen Mitgliedstaaten eingehalten werden müsse. Eine Sonderbehandlung einzelner Mitgliedstaaten dürfe es nicht geben. Dies wäre ungerecht gegenüber jenen Mitgliedstaaten, die erforderliche Strukturreformen trotz erheblicher Einschnitte umgesetzt hätten. Sie verwiesen auf die Erfolge in den eigenen Mitgliedstaaten, die auf die Umsetzung von Strukturreformen zurückzuführen seien.

### 3.3 Sitzung III – Stärkung der Sozialen Dimension der WWU

In seiner Eröffnungsansprache wies der Vizepräsident der Kommission, **Valdis Dombrovskis**, darauf hin, dass seit der Krise die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten stetig auf ein bisher unerreichtes Niveau angewachsen seien. Diese Divergenzen müssten abgebaut werden, da sie die Hauptziele der Union unterminierten, nämlich Konvergenz zu befördern und die Lebensbedingungen aller zu verbessern. Negative Entwicklungen in einem Mitgliedstaat hätten grenzüberschreitende Auswirkungen. Vor diesem Hintergrund lege die neue Kommission einen Schwerpunkt auf soziale Gerechtigkeit, wobei die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Entwicklung beruflicher Fähigkeiten mit der Modernisierung der Arbeitsmärkte und des Wohlfahrtssystems kombiniert werde. Eine europäische Arbeitslosenversicherung, die eine Änderung der europäischen Verträge erfordere, stehe derzeit aber nicht auf der Agenda der neuen Kommission. Die neue Kommission werde nur Projekte anschieben, die im Rahmen der bestehenden Verträge umsetzbar seien.

Als zweite Rednerin sprach die stellvertretende Vorsitzende des Beschäftigungs- und Sozialausschusses des Europäischen Parlaments, **Marita Ulvskog**. Sie merkte an, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise in sozialer Hinsicht eine große Belastung darstelle: Derzeit gäbe es in der Union 25 Millionen Arbeitslose, darunter sechs Millionen junge Menschen. 120 Millionen Menschen lebten unter dem Risiko von Armut oder sozialer Ausgrenzung. Die EU sei weit davon entfernt, die Europa-2020-Ziele zu erreichen.

Als weiterer Impulsredner betonte **Guy Ryder**, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), es sei nicht die Frage, *ob* die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) gestärkt werden müsse, sondern *wie*. Neben Maßnahmen auf nationaler Ebene wie bedarfsgerechterer Bildungs- und Ausbildungssysteme sei auf Ebene der WWU ein Ansatz erforderlich, Mitgliedstaaten bei der Bewältigung sogenannter asymmetrischer Schocks zu unterstützen.

Während der Debatte meldeten sich Delegationen aus neun Ländern sowie dem Europäischen Parlament zu Wort. Ein Großteil der Redner betonte die Wichtigkeit der sozialen Dimension der WWU. Der freie Personenverkehr in der EU, der aufgrund der ungleichen sozialen Situation bestimmte Probleme verursache, nahm in der Diskussion eine bedeutende Stellung ein. So erhielten Einwanderer oft geringere Löhne, und ihre Arbeitsbedingungen seien schlechter. Umgekehrt würden lokale Arbeitskräfte oft verdrängt. Erforderlich seien EU-weite soziale Mindeststandards.

Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.) kritisierte die aus seiner Sicht prekäre soziale Lage in Europa. So betrage die Quote der Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland über 50 Prozent. Insgesamt falle die Arbeitslosigkeit aktuell höher aus als zu Beginn der WWU. Die Instrumente bezüglich der sozialen Dimension seien schwach und würden allein auf soziale Missstände hinweisen, aber keine Korrektur einfordern. Eine Stärkung der sozialen Dimension sei daher dringend erforderlich.

## 4 Die Zyklen des Europäischen Semesters 2014 und 2015

### 4.1 Die Regelungen zur wirtschaftspolitischen Steuerung: Bestandsaufnahme und künftige Herausforderungen

In seiner Eröffnungsansprache betonte der Präsident des EPs, **Martin Schulz**, die Bedeutung, die das Parlament der Gemeinschaftsmethode beimesse. In diesem Zusammenhang forderte er, dass die Länderspezifischen Empfehlungen, die bisher im Rahmen des Europäischen Semesters auf Vorschlag der Kommission vom Rat an die Mitgliedstaaten adressiert werden, künftig auch vom Europäischen Parlament beschlossen werden. Ebenso sei die Beteiligung der nationalen Parlamente zu stärken. Außerdem müssten im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung sozialen Indikatoren künftig die gleiche Bedeutung beigemessen werden wie haushalterischen und fiskalischen Kennzahlen; entsprechende Verstöße müssten gleich sanktioniert werden. Er begrüßte das von der Kommission im November 2014 vorgelegte Investitionspaket zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung als notwendige Ergänzung von Strukturreformen.

Der Präsident der Europäischen Kommission, **Jean-Claude Juncker**, wies in seiner Eingangsrede darauf hin, dass die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU derzeit auf Anpassungsbedarf und mit dem Ziel der Vereinfachung untersucht würde. Problematisch sei, dass viele Menschen sich unter wirtschaftspolitischer Steuerung

nichts vorstellen könnten. Erforderlich sei deshalb eine allgemeinverständlichere Ausdrucksweise. Der Investitionsplan, den die Kommission im November 2014 vorgelegt habe, stelle einen Paradigmenwechsel dar, da Förderungen künftig in Form von Darlehen und nicht wie bisher als Zuschüsse ausgereicht würden. Die neue Kommission werde unter seiner Führung solidarisch mit den anderen Institutionen zusammenarbeiten. In der Vergangenheit habe oft das Gefühl vorgeherrscht, dass die Kommission sich fernab der Realität befinde. Künftig wolle man daher den Dialog mit den Parlamenten, Mitgliedstaaten und dem Rat stärken. Schließlich warb er für eine Stärkung der sozialen Dimension der Anpassungsprogramme und kündigte eine engere Zusammenarbeit der vier Präsidenten von EP, Rat, Europäischer Zentralbank und Kommission an.

In der Aussprache meldeten sich Delegationen aus 17 Mitgliedstaaten sowie dem EP zu Wort, die mehrheitlich den Investitionsplan begrüßten. Der Leiter der deutschen Delegation, Abgeordneter **Norbert Barthle** (CDU/CSU), vertrat die Auffassung, dass ein Umsetzungsdefizit vorhandener guter Regeln bestehe. Dringend erforderlich seien Fortschritte in den Bereichen Haushaltskonsolidierung, Investitionen und Strukturreformen. Zusätzliche Investitionen dürften aber nicht über neue Schulden finanziert werden, sondern Spielräume müssten Stück für Stück erarbeitet werden. Das zeige die Erfahrung in Deutschland mit der so genannten Goldenen Regel, die schuldenfinanzierte Investitionen erlaubt habe. Die Aufteilung in gute und schlechte Schulden sei bislang immer gescheitert. Für mehr Effektivität des Europäischen Semesters verwies er auf die Ideen der Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble und Sigmar Gabriel: Stärkung der bilateralen Dialoge zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission im Vorfeld der Verabschiedung der Länderspezifischen Empfehlungen, zielgenauere Länderspezifische Empfehlungen, Sicherstellung der Identifikation der nationalen Parlamente mit den Länderspezifischen Empfehlungen, zum Beispiel durch entsprechende Beratungen in den Parlamenten.

#### **4.2 Die Überprüfung der EU 2020-Strategie und Prioritäten für das Europäische Semester 2015**

Der Vizepräsident der Kommission, **Jyrki Katainen**, zuständig für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit, stellte in seinem Eingangsstatement kurz den Jahreswachstumsbericht 2015 vor, der aus Sicht der Kommission die wichtigsten wirtschaftspolitischen Herausforderungen benennt und Maßnahmen für deren Bewältigung empfiehlt. Die Halbzeitbewertung der EU-2020-Strategie werde aufgrund anderer Prioritäten der Kommission später als ursprünglich geplant vorgelegt werden. Hinsichtlich des Europäischen Semesters betonte er dessen Rolle, wichtige politische Initiativen wie beispielsweise die Energieunion in konkrete Empfehlungen zu übersetzen.

Der Berichterstatter des Ausschusses für Wirtschaft und Währung für den Jahreswachstumsbericht 2015, **Dariusz Rosati**, bemängelte die mangelnde Umsetzung der an die Mitgliedstaaten gerichteten Länderspezifischen Empfehlungen. Erforderlich sei daher mehr nationale „Ownership“. Er begrüßte den Drei-Säulen-Ansatz des Jahreswachstumsberichtes aus Investitionen, Strukturreformen und einer verantwortungsvollen Fiskalpolitik. Die Verschlinkung des Europäischen Semesters sei zu begrüßen. Er unterstrich die Verbindlichkeit der EU-2020-Ziele und rief die Mitgliedstaaten auf, mehr Anstrengungen zu deren Erreichung zu unternehmen.

In der anschließenden Aussprache meldeten sich rund 20 Redner zu Wort. Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterbreitete in diesem Rahmen konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Europäischen Semesters: Der Jahreswachstumsbericht müsse vom EP mitentschieden werden. Die nationalen Reformprogramme seien in den jeweiligen Parlamenten nach Beratungen in den Ausschüssen zu verabschieden. Auch müssten die Länderspezifischen Empfehlungen in den Parlamenten beraten werden, bevor sie vom Rat beschlossen werden. Erforderlich seien darüber hinaus Fragerechte der nationalen Parlamente an die Kommission.

### **5 Interparlamentarische Ausschusssitzungen**

#### **5.1 Ausschuss für Wirtschaft und Währung**

In der interparlamentarischen Ausschusssitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung diskutierten Abgeordnete des EP und der nationalen Parlamente zu den Themen „EU-Koordinierung hinsichtlich aggressiver Steuerplanung, Steuerbetrug und Steuervermeidung“ sowie zur „Rechenschaftspflicht der Aufsichtsbehörden für Finanzdienstleistung, insbesondere innerhalb der Bankenunion“.

Die Vertreter des EP gaben die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Steuervermeidung bekannt, der insbesondere das Themenfeld Steuervorbescheide beleuchte. Weitgehende Einigkeit herrschte dahingehend, dass Steuerbetrug und unlauterer Steuerwettbewerb bekämpft werden müsse. Die Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage sei rasch zu verabschieden. Initiativen wie der automatische Informationsaustausch müssten auch auf Ebene der G20 vorangebracht werden.

In der zweiten Gesprächsrunde erläuterten Vertreter des EP die bestehenden Parlamentsrechte im Rahmen der Bankenunion. So sei in der interinstitutionellen Vereinbarung zwischen Europäischem Parlament und Europäischer Zentralbank im Bereich des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus das Recht auf Anhörungen, Meinungsaustausch, Berichtspflichten und vertrauliche Treffen verankert. Auch habe man Mitspracherechte bei personellen Auswahlverfahren. Für den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus werde derzeit eine ähnliche Vereinbarung verhandelt. Aus Portugal wurden Forderungen laut, die Bankenunion wie ursprünglich vorgesehen um eine gemeinsame Einlagensicherung zu ergänzen.

## 5.2. Haushaltsausschuss

In der interparlamentarischen Ausschusssitzung des Haushaltsausschusses (BUDG) mit Vertretern der nationalen Parlamente stand das Problem der offenen Rechnungen des europäischen Haushalts im Fokus. Der Vorsitzende des Ausschusses, **Jean Arthuis**, bezifferte die Gesamtsumme der offenen Rechnungen zum Ende des Jahres 2014 auf rund 25 Milliarden Euro. Die Union gebe damit ein schlechtes Bild ab: sie fordere Haushaltstugenden ein, sei allerdings selbst ein schlechter Zahler. Einen großen Teil der Schuld wies er den nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten zu, die eingegangene Verpflichtungen nicht einhielten.

Die Vizepräsidentin der Kommission, **Kristalina Georgieva** gab bekannt, dass die Kommission beabsichtige, den Rechnungstau bis Ende 2016 abzuarbeiten. Erforderlich sei unter anderem, verfügbare Ressourcen optimal einzusetzen und eine bessere Verwaltung der Mittel zu erreichen.

Delegationen aus Polen, Frankreich und Spanien stellten exemplarisch dar, wie Zahlungsverzögerungen auf ihre Regionen wirkten: Um Programme weiterführen zu können, müssten sich regionale und lokale Gebietskörperschaften zur Vorfinanzierung verschulden. Einige Gebietskörperschaften würden insbesondere aus diesem Grund bereits von EU-Programmen absehen.

Abgeordneter **Norbert Brackmann** (CDU/CSU) schlug vor, Mittel zu konzentrieren und weniger, dafür aber größere Projekte zu fördern. Andere nationale Vertreter nannten ein Vorschussystem, möglicherweise durch nationale Entwicklungsbanken finanziert, als denkbare Lösung. Der Ausschussvorsitzende **Arthuis** regte an, das Konzept des Mittelfristigen Finanzrahmens zu überdenken. Die Festlegung auf sieben Jahre erschwere die Reaktion auf Konjunkturschwankungen.

## 5.3 Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Bei der Sitzung des interparlamentarischen Treffens des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des EP (EMPL-Ausschuss) bildeten die Beschäftigungsaspekte und Indikatoren der sozialen Anzeigetafel (*Social Scoreboard*) einen thematischen Schwerpunkt. Hierbei stand die Jugendarbeitslosigkeit im Mittelpunkt. Die stellvertretende Vorsitzende des EMPL-Ausschusses, **Marita Ulvskog**, führte in die Thematik ein. Der Vorsitzende des Beschäftigungsausschusses des italienischen Senats, **Maurizio Sacconi**, schilderte die dramatische Lage der Jugendarbeitslosigkeit in Italien und die bislang ergriffenen Maßnahmen. Die Abgeordnete **Maria del Mar Angulo Martínez**, Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und öffentliche Verwaltung des spanischen Senats, erläuterte die von der spanischen Regierung eingeleiteten Programme zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Zwar läge das Wachstum nur bei etwa ein Prozent des Bruttonationaleinkommens. Allerdings sei die allgemeine Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Die Arbeitslosenstatistiken belegten, dass Anfang 2015 die Arbeitslosenzahl um 250.000 gesunken sei. Die Jugendarbeitslosigkeit hingegen sei noch immer erschreckend hoch. Die Prognosen für das Jahr 2015 seien insgesamt positiv. Dem hielt der spanische Abgeordnete des Europäischen Parlaments, **Javi Lopez**, entgegen, dass der Rückgang der Arbeitslosenzahlen auch mit einer massiven Auswanderung aus Spanien zusammenhänge. Im Übrigen habe das Wachstum bislang keine positiven Effekte auf dem Arbeitsmarkt gezeigt. Mehrere wortnehmende Abgeordnete zeigten sich hinsichtlich der zunehmenden Ungleichheit besorgt. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.) bemängelte gemeinsam mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie der nationalen Parlamente, dass die soziale Anzeigetafel weder Ursachen beschreibe, noch automatisch zu Veränderungen oder Anpassungen der Maßnahmen führe.

Berlin, den 13. Oktober 2015

**Norbert Barthle**

Leiter der Delegation (bis 23. April 2015)



